[illegible] das Programm der Revolution eine Erneuerung des Sozialismus von innen heraus gebieterisch fordere. Darauf folgte die Organisation des linken Flügels in Neuyork, der noch und nach einen bedeutenden Einfluß in der S. P. bekam. Er veröffentlichte sein Manifest und sein Programm, die von allen Ortsgruppen angenommen wurden; die Folge war, daß Anfang 1919 von den 104 000 Mitgliedern der S. P. 60 Prozent unter dem Banner des linken Flügels vereinigt waren. Im Mai 1919 tagte das bürokratische Exekutivkomitee in Chicago und schloß 40 000 Mitglieder aus, weil sie das Programm des linken Flügels angenommen hatten. Bei der sogenannten „freien Aussprache", in welcher der Verfasser dieser Blätter die revolutionären Elemente in der Partei vertrat, kam es an den Tag, daß einige reaktionäre Kandidaten für die Wahl und Wiederwahl als Parteifunktionäre in einer Reihe öffentlicher Versammlungen offen erklärt hatten, die aktivistischen und revolutionären Elemente in der Partei wüßten noch an die Wand gestellt und niedergeknallt werden. Als die Tagung zu Ende war, merkte das Exekutiv-Komitee, daß der linke Flügel mehr Mitglieder hatte, als die Zahl der Ausgeschlossenen betrug. Man setzte also den Ausschluß telegraphisch und per Post fort, bis man über 60 000 Mitglieder ausgeschlossen hatte. Inzwischen arbeitete der linke Flügel fieberhaft an der Organisierung seiner Kräfte und suchte seinen aktiven Kräften die entsprechende Richtung zu geben. Einstimmung wurde als allgemeines Losungswort angenommen: „Vorwärts in dem Endkampf zur Errichtung der revolutionären sozialistischen Partei"

(Schluß folgt.)

Die fortschreitende Wirtschaftskrise in Amerika.

Nach Berichten der französischen Presse gibt die Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten zu großen Besorgnissen Anlaß. In amerikanischen Bundeskreisen wird allgemein die Frage erörtert, ob man sich nicht am Vorabend einer Krise befinde. Einige bekannte Finanzmänner von Neuyork seien überzeugt, daß eine Panik bevorstehe, wenn die Kredite nicht auf das Notwendigste beschränkt würden. Die Betriebe aller amerikanischen Industrien leiden schwer unter dem Mangel an Transportmitteln. Die häufigen Streiks vergrößern die allgemeine Verwirrung. In Neuyork seien infolge der hohen Arbeitslöhne die Lohne besonders groß. Ein Maurer verdiene 10 Dollar (40 Mk) und ein ungelernter Bauarbeiter 7 Dollar (28 Mk) pro Tag bei achtstündiger Arbeitszeit. Aehnlich liegen die Verhältnisse in Chicago und anderen Industriezentren. Die Folge davon sei, daß die Baukäufigkeit stark eingeschränkt wurde, sodaß die beteiligten Arbeiterkategorien bereits von Arbeitslosigkeit bedroht werden. In der Textilindustrie erklären die Arbeitgeber, daß sie ihre Fabriken schließen müßten, wenn die Arbeiterschaft auf ihren Lohnforderungen beharre.

Aus der Partei.

Rheinland-Westfalen.

Die am 4. Mai tagende Opposition der KPD. Spartakusbund von Rheinland-Westfalen beschloß nach einem Referat des Genossen Eckmann sich der Kommunistischen Arbeiterpartei anzuschließen. Die Konferenz verwahrte sich ganz entschieden dagegen, mit den sogenannten Nationalbolschewismus-Dentifikat zu werden. Allenthalben kam der Mißmut über das Verhalten des Spartakusbundes, insbesondere über den damals dort anwesenden Gen. Pieck, während des Generalstreiks zum Ausdruck.

Arbeiter-Union.

Reichskonferenz der Allgemeinen Arbeiterunion.

Am 9. und 10. Mai 1920 tagte in Berlin die 2. Reichskonferenz der Allgemeinen Arbeiterunion. Nach eingehenden Referat über Programm beraten wurden die Berliner Leitsätze als Richtschnur für die A. A. U. angenommen. Der organisatorische Zusammenschluß örtlicher bisher selbständiger Bezirksorganisationen wurde nach eingehender Diskussion über das vorgelegte Organisationsstatut endgültig vollzogen.

Die nächste Nummer des „Kampfruf" wird einen ausführlichen Bericht über die Tagung der Reichskonferenz bringen.

Aus Groß-Berlin.

In der letzten Bezirksführersitzung wurde beschlossen, in den einzelnen Bezirken Bezirks-Zeitungs-Ausgabestellen einzurichten und dieselben in der KAZ. zu veröffentlichen.

Lohnarbeit.

Es war einmal. „Beseitigung der Lohnarbeit" war einmal die revolutionäre Standarte, hinter der die Sozialdemokratie marschierte.

Lohnarbeit ist Arbeit gegen Entgelt für die Privatinteressen anderer. Lohnarbeit hat Armut zur Voraussetzung und bewirkt wirtschaftliche und politische Abhängigkeit. Lohnarbeit ist Ausschluß von der Teilhaberschaft am Kulturgut. Lohnarbeit ist Sklaverei.

Lohnarbeit bedeutet die Beherrschung aller gesellschaftlichen Werte durch eine Minderheit, bedeutet die Befriedigung der Herrschergelüste gewaltsamgriffener Menschen. In der Lohnarbeit liegt die materielle Gewalt des Menschen über den Menschen, aus ihr steigt empor der Kampf aller gegen alle. Lohnarbeit ist die zur bürgerlichen Sittlichkeit erhobene Kraft kapitalistischer Klassenherrschaft.

Wenn die Sorge um das tägliche Brot den Proletarier jeden Morgen neu an die Arbeit treibt, wenn ihr harter Peitschenschlag ihn Zeit seines Lebens antreibt, so ist nicht die Arbeit an sich, wo der ihm graust, es ist das Empfinden, beim angestrengtesten Fleiß Sklave zu sein, dabei zu müssen und verachtet zu werden.

Der Drang, gleichberechtigt zu sein an dem, wofür man sich opfert, ist der Drang zum Sozialismus.

Die Arbeit an sich ist segenspendend, die Arbeit gegen Abfindung verstucht und verurteilt den Menschen zum Lastvieh. Lohnarbeit ist Fluch. Für den Eigennutz der Reichen arbeiten und arm bleiben zu müssen, von anderen angetrieben, kontrolliert, begängelt, geprellt zu werden, das macht die Arbeit zur unerträglichen Last.

Die Beseitigung der Lohnarbeit muß Anfang und Ende aller sozialistischen Propaganda sein.

Als die Sozialdemokratie ihren organisatorischen Siegeslauf begann, da war die sozialistische Grundforderung nach Beseitigung der Lohnarbeit eine Selbstverständlichkeit. Wenigstens war sie in der Auffassung der Massen eine sozialistische Selbstverständlichkeit.

Die Führerschaft kokettierte mit den sozialistischen Grundforderungen, sie redete davon und handelte dagegen. Sie kritisierte die Wirtschaftsordnung und doktorte an der Staatsform herum, sie wirkte reformatorisch, verbesserte und experierte, versuchte auf dem kapitalistischen Weinberg sozialistische Aprikosen zu pressen.

So breite sich die sozialdemokratische Arbeiterbewegung um sich selbst. Die Revolution fand sie auf dem [illegible] Wege. Die Revolution sollte eigentlich [illegible] durch die Verbesserung der Lohnarbeit. Den Sozialisten schwebten bessere Haussklaven vor. Das ist ihr Sozialismus.

Der Parlamentarismus ist die Klassenkampfwaffe der Bourgeoisie, er ist das notwendige Korrelat der Wechselbeziehung auf die Lohnarbeit. Die Beteiligung der Arbeiterschaft am bürgerlichen Parlamentarismus, um die Lohnarbeit zu reformieren, ist die Anerkennung der Berechtigung zur Lohnarbeit.

Es ist ein zur Schau gestelltes Prunkstück, wenn es im Erfurter Programm heißt: „Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde."

Die sozialdemokratische Führerschaft will die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums in [illegible] demokratischer Gemeinschaft mit den Nutznießern des Privateigentums durchführen, sie will gleichzeitig Reform und Revolution, gleichzeitig bewaffnen, Waffenstillstand und Krieg, sie will pazifistische Revolution — sie will Unmögliches.

Wer soll die Produktion für und durch die Gesellschaft kontrollieren? Nach sozialdemokratischer Auffassung die Berufspolitiker, die Bürokratie. Der Unternehmer, der Aktionär verschwinden, an ihre Stelle treten: der Jurist, der Volkswirtschaftler, der Statistiker — und die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter.

Die Lohnarbeit aber ist nur zu beseitigen dadurch, daß die Arbeitenden selbst die Kontrolle über Produktion und Güteraustausch in Händen haben. Die Arbeitskraft und ihre Träger sollen die Grundlage der Gesellschaft und die Artikelen des sozialen Aufbaues sein. Die Arbeit soll regieren. Damit wird die Arbeit frei. Damit hört die Sklaverei in jeder Form auf. Damit wird auch die Lohnarbeit unmöglich.

Der Endkampf geht um die Beseitigung der Lohnarbeit. Den kann keine Partei führen; die Arbeiterklasse muß ihn durchführen. Nicht in den bürgerlichen Parlamenten, sondern durch Streik und Aufstand.

Diogenes.

Balutschel-Ausstellung.

Im Klosterhof in der Bellevue-Straße wird gegenwärtig eine Kollektiv-Ausstellung von Werken des Malers Lonni Balutschel gezeigt, der am 9. Mai seinen 50. Geburtstag gefeiert hat. Was Balutschel in einer Anzahl von Gemälden, Aquarellen und Zeichnungen dargestellt hat, ist ein Stück Arbeitergeschichte. Wer noch hundert Jahren das Proletariat unserer Tage zu beschreiben unternehmen wird, wird bei den getreuen Biographen Balutschel manchertei wichtige Einzelheiten und zumal die Physiognomie der Arbeiterviertel Berlins studieren können. Er hat den Proletarier gemalt inmitten der Maschinen, umleuchtet von den Lichtern der Metallgießerei, er hat ihn gezeigt in den Feierstunden auf der Parkbank, er hat die Proletarierkinder gemalt unter den dunklen Laubkronen der Laubenkolonien, er hat den Donner und Lärm der Hüttenwerke, den Kühlerum Organismus der Bahnen, die toten Felder des Kohlenreviere mit ihren Menschen festgehalten, er hat das Kleinbürgertum ironisiert und er hat Anklagen erhoben. Er hat das Lumpenproletariat aufgesucht und mit gütigem Herzen den Ausgestoßenen die Gerechtigkeit widerfahren lassen, die ihnen bornierteste Pharisäertum auch innerhalb des Proletariats versagt: Der philosophierende Landstreicher, der vom Müllkasten aus seine Betrachtungen über den Vorwurf der Mittelklasse anstellt, der Kunde, der unter der Stallaterne des Spritzenhauses den Morgen erwartet, die Dippelschiffe, die in der Sommernacht am Gurnemalbe sich vom Dreck des Daseins befreit fühlt, die hochpolitische Erregung der von der Nagela an den nächsten Baumam Gejagten, — kaum eine Manne auf dem Lebensbaume, die nicht mitkommen, fehlt. Auch zur Geschichte hat er seine Anmerkungen geschrieben. Das Rote Kreuz erfuchte ihn im Kriege, in einer Serie von Aquarellen zu sagen, was er zu sagen hätte. Er gibt ein Blatt „Weihnachten": verlassene Unterstände im Osten, in heimtückiger Linie gespenstische Weihnachtsbäumchen, dazwischen Stahlhelm und in ihr, gewaltig, wie perfekteste Flügen im Spinnennetz, die verkrümmten und verkrümmten Leichen russischer Proletarier im Wasserrand, aber ein anderes „Das Kirchenfenster": Ruine einer französischen Dorfkirche, hoben geblieben das hohe Glasfenster, das die Figur des Friedensbringers zeigt, es glüht auf in den zerstörten Tiefen der gotischen Fensterkäfer, — und Licht es leuchtet! Ein Brand, der zerstörend vom Haus zu Haus, von Dorf zu Dorf gesprungen ist. Die unendliche Schmerzung wird gedreht — Ihre Majestät, die Berlin mit Kirchen noch gesegnet, Pfeiler segnete, ist aufgeh. Die Verheerung wird unterzogt. Er malt die dunkle Mauerschäfer der Wortdiffe und Kaffen, in denen ausgemergeltes, aufgeputztes Volk an den Tag denkt, der kommen muß. Die Revolution kommt, und der Maler gibt den Berliner Proletarier debattierend auf dem Fabrikhof, unter Bahnhofbrückenbogen, der heiße Atem der Januar- und Märztage ist wohl durch die Gesichter, die von Rosiß gesäuberte Straße geschehen — doch das Bild, das das befreite Proletariat zeigen soll, soll noch gemalt werden.

Balutschel ist kein Revolutionär der Tagesheft. Wenn er Besitzmarter neuer Zeitenwandlungsbilder, schreibt er doch seine Person die Handschrift, die von der Masse verstanden noch ein besser verstanden wird. Das Proletariat liebt ihn und dankt ihm für die Dinge, die in seinen Bildern aufgezeichnet sind. Und wer zwischen den Pinselstrichen zu lesen versteht, liest allerlei wertvolleige Dinge, die zur Gedankenwelt und zum geistigen Niveau des proletarischen Menschen gehören, der den Fuß gesetzt hat auf eine Welt der Liebe, der Herzlichkeit und Menschenbrüderschaft.

Verantwortlicher Redakteur: Gistl, Berlin. Druck: H. S. Autorsen. Verlag: Willatzek & Co., beide in Hamburg.

Nummer 98 — Preis 20 Pfennige.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin

Die Bezugs[illegible] monatlich. Preis 80 [illegible] Redaktion und Expedition Berlin C. 2, 54, Mühlenstr. 22/26. Geöffnet täglich außer Montags von 4—6 Uhr nachmittags. [illegible]

Warum wir nicht wählen:

Warum wir nicht wählen?

Wir wählen nicht, denn wir wollen nicht mithelfen die kapitalistische Ordnung wiederherzustellen.

Was ist kapitalistische Ordnung? Sieh rückwärts und denk an den Krieg! Sieh um dich und denk an dein „glückliches sorgenloses" Dasein.

Wir wählen nicht, denn die politische Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapitalismus bedeutet Stützung des Kapitals.

Wir wählen nicht, denn es ist Selbstmord, in einem Augenblick dem Parlament zur Macht zu verhelfen, in dem es ohne alle Betreuer der Arbeiter tot wäre.

Wir wählen nicht, in einer Phase steigender Revolution und steigender Wirtschaftskrise, in einem Augenblick in dem die Klassengegensätze so vollkommen zum Ausdruck gekommen sind, daß das Parlament nur noch ein Blitz der Kapitalisten, die die Regierung ein Ausschuß dieser Büros ist; Ausbeuter und Ausgebeutete sich in zwei völlig getrennten Lagern gegenüberstehen und der Endkampf beginnen muß.

Wir wählen nicht, denn wir dürfen nicht die Illusion erwecken, als könne man durch Wahlen und parlamentarische Betätigung zum Sozialismus kommen.

Wir wählen nicht, denn die Arbeit im Parlament zwingt zur Kompromißlei und das bedeutet im weiteren Verlauf Aufgeben revolutionärer Ziele und Hinwendung zum Reformismus.

Wir wählen nicht, denn parlamentarische Betätigung bedeutet Beurteilung der Massen zu politischer Untätigkeit.

Wir wählen nicht, denn parlamentarische Betätigung bedeutet Uebertragung der politischen Betätigung an Einzelpersonen, an sogenannte Autoritäten, bedeutet Abtreten selbständiger Massen und Hinstarren auf die Redeaktionen" im Parlament.

Wir wählen nicht, denn Züchtung sogenannter Parlamentarier bedeutet Züchtung des Autoritätsdusels.

Wir wählen nicht, denn das Parlament ist eine Zuchtanstalt für sogenannte Führer. Und Führerpolitik heißt: Politik egoistischer Interessen, Politik ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Masse, heißt Schieberpolitik.

Wir wählen nicht, denn Parlamentarismus bedeutet im Zeitalter kapitalistischer Interessen Verbindung von Politik und Geschäft. Einhalb oder 1 von Hundert ist die Parole.

Wir wählen nicht, denn bürgerlicher Wahlrummel heißt Wählerfang, heißt Lüge und Skrupellosigkeit, heißt Bergiftung des öffentlichen Lebens, Verpestung aller Moral durch politische Stimmfängereien.

Wir wählen nicht, denn alle Hoffnung auf wirkliche Begabung im Parlament ist Illusion. Alles was dort gesagt werden kann, wird besser den Massen direkt in den Betrieben gesagt.

Wir wählen nicht, denn verletzte Immunität bleibt heute so gut wie wirkungslos. Oder glaubt jemand, das Proletariat steht auf, weil ein Lent, ein Thalheimer oder Cohn herausgeworfen werden?

Wir wählen nicht, denn Wahlagitation unter der Parole: Hinein ins Parlament, um dort die Unwichtigkeit des Parlamentarismus zu beweisen, ist blöde Faxe und wirkt auf die Masse verwirrend.

Wir wählen nicht, denn revolutionierende Arbeit kann nur aktiver Boykottagitation Karer und leichter durchgeführt werden als durch Wahlagitation. Aktiver Wahlboykott überträgt um ein vielfaches den Wert einer mit noch so starken Geringschätzung des Parlaments geführten Wahlagitation.

Wir wählen nicht, denn Betätigung im Parlament bedeutet im jetzigen Augenblick Beibehaltung bürgerlicher Auffassungen und Störung des im offenen Klassenkampf sich entwickelnden Selbstbewußtseins des Proletariats, bedeutet Sabotage der proletarischen Klassenkampfmittel, bedeutet den ganzen geistigen Gewinn der bisherigen Revolution für das Proletariat erneut zu erschüttern und zu fälschen.

Wir wählen nicht, denn Wahlagitation und Parlamentarismus hemmen und stören die wichtigste Angelegenheit des Proletariats: die Entwicklung der Nähe, die rücksichtslose Verschärfung der Gegensätzlichkeit von bürgerlichem Parlament und proletarischer Rätevereinigung, die Steigerung der proletarischen Aktivität.

Allgemeiner Nachrichtenteil.

8. Mai. Englische und französische Militärmissionen für Polen. — Auf und an Polens Grenzen ziehen die französischen Generalkommandos die Schlinge auf. Der Allgemeine Arbeiter-Verband (GGU.) beschließt, den Streik auf Munitionsarbeiten [illegible] Zusammenhang mit der Transportsperre auszudehnen. — Eine Rede Walter Rathenaus an, daß englisch-russische Verhandlungen über Gewaltfriedensgrenzen, gemäß in der Rede, unmittelbar bevorstehen. — Stillstand der politischen Offensive. — Demonstration der KPD. in Berlin für Sowjet-Rußland.

10. Mai. Ausbruch eines Bauernaufstandes im polnischen Weißruthenien. Die polnischen Gutsbesitzer werden verjagt. Das polnische Militär geht mit grausamen Mitteln gegen die Bauern vor. — Eine Parteikonferenz Proletarischer Partei in Wien in gewaltiger Demonstration die Demokratie fordert den Abschluß Friedensverhandlungen zwischen Sowjet-Rußland und Finnland. — In Finnland die nationale Selbstständigkeit Finnlands.

11. Mai. Demonstration der USP. und KPD. in Berlin für Sowjet-Rußland. — Der französische Ministerrat fordert den Justizminister auf, eine Untersuchung gegen den Allgemeinen Arbeiterverband zwecks Auflösung desselben einzuleiten. Die Aufforderung löst große Erregung in der Arbeiterschaft aus. — Verhandlungen über die polnisch-ukrainischen Differenzen werden aufgenommen. — Rumänien soll eine Armee von 150 000 Mann aufstellen und [illegible] — Sowjet-Rußland bereitet die Gegenoffensive gegen Polen unter Brussilow vor. — Sturz des Kabinetts Zhi in Italien aus Anlaß einer Kammer-Abstimmung über den Kohlenkampf der Post- und Telegraphenbeamten. „Avanti", das Hauptorgan der italienischen Sozialisten begrüßt den Sturz und sagt, daß die Sozialisten sich auch gegen die Kabinette behaupten werden, mit deren Hilfe sie das Kabinett gestürzt haben.

12. Mai. Die ungarische Armee wird der polnischen Heeresleitung als Reserve angeboten. — Wegen gegenrevolutionärer Umtriebe werden die führenden Mitglieder des Vorstandes der Sentralorganisation der Kooperativen Gesellschaften verhaftet, sowie die Vertreter der Kooperation in London über Stellung entziehen. Der Allgemeine Arbeiterverband (GGU.) in Frankreich ruft die gewerkschaftliche Internationale zur Hilfeleistung auf.

Das Ringen im Osten.

Der Aufruf, den der Rat des Volkskommissare an die gesamte Bevölkerung Rußlands zur Verteidigung der Sowjet-Republik gerichtet hat, ist nicht ohne Wirkung geblieben. Unter den vielen Fahnen, unter denen sich so gewaltige Massen wieder versammelt, daß Rußland [illegible] was, sogleich einen empfindlichen Gegenschlag zu führen, dessen glücklicher Ausgang zum [illegible] Bedeutung war. Er setzte Rußland in den Besitz des gesamten Kupfer-Gebietes [illegible] — die Kriege der Gesandung der russischen Industrie ist in erster Linie eine Versorgungsfrage, hat Polen auf dem [illegible] Wirtschaftsgebiet erlitten — und es wird sich politisch günstig auswirken, indem England in empfindlicher Weise getroffen wurde und noch mehr als bisher von Gegnerschaft [illegible] bei Polen geworfenen Rückendeckung zu [illegible] bekommen hat. Denn wenn auch die englischen Arbeiter [illegible] können, ohne das [illegible] Eisenbahnerstreik der englischen Regierung [illegible] Polen nicht genügt werden.

Die militärische Lage Rußlands ist bedeutend [illegible] als die seiner Feinde. Die Wiederbesetzung [illegible] russischen Wirtschaftsgebiet, das Entstehen [illegible] militärischen Verbindung zum Westen und Süden [illegible] zur Holzgewinnung in den Wäldern, zur Arbeit in den Bergwerken und Fabriken, die Organisation der Arbeitsinvalidität des Heimatsheeres [illegible] militärischen Organisation hat neben der Hebung der Produktion, die das Land nötig der Mobilisation war, eine bisher unerreichte Schlagkräftigkeit für den Fall erneuter Militärintervention zur Folge gehabt. Eine Gegenoffensive [illegible] der ukrainisch-polnischen Front ist in Vorbereitung. Die Führer ist der General Brussilow, der zum Chef des Generalstabes der Roten Armee ernannt worden ist.

Rußland wird, wenn es seine Offensive [illegible] aller Wucht entfesseln. Auch Rußland weiß, daß [illegible] der polnische Kampfverband [illegible] Heer gerichtet [illegible] der Weg bei [illegible] zu Deutschland, [illegible] für die Weltrevolution. Die Lage des [illegible] Heeres, dessen Hauptmacht immer noch [illegible] Kiew [illegible] muß sein, und aus diesem Gesichtspunkt [illegible] sich das [illegible] Eingreifen der Westdeutsche [illegible] ungarische Regierung [illegible] in den Kiew, [illegible] Stoßch, gegen den [illegible] scheint, hat vorgeschlagen, daß die ungarische Armee [illegible] Reserve für das polnische Heer in [illegible] die Hofschwaiser dienen soll. Das Pläbiscit [illegible] ihm gewiß ist, wird [illegible] politische Heer [illegible].

Und nun die Stellung Deutschlands [illegible] diesem Ringen.

Der Leiter der auswärtigen Politik hat [illegible] daß Deutschland sich nicht einmischen werde, Rußland nicht. Deutschland hebt vor [illegible] Verhältnisse [illegible] durch Wirksamkeit Verhältnisse gegenüber Polen [illegible] schlagen zu helfen, in dieser Richtung [illegible] soll. Und das Bild der Militärdiktatur, [illegible] zu [illegible] Interessen und [illegible] Stiefel zu treten, der an der [illegible] der Herren [illegible] und Bell in einer [illegible] Gefahrzone [illegible] die Stellung des [illegible] in der russischen [illegible] große Partei, die, wenn sie wollte, [illegible] der Fall ihrer Massen [illegible] Deutschlands zu Rußland [illegible] die nüchterne, geschäftsmäßig [illegible] leer, schlaffmütige Pressepolitik der [illegible] Anhängerschaft KPD. [illegible] hatten, [illegible] hätten Deutschland [illegible] seiten [illegible] politischen [illegible] zu [illegible].

Wieder ein Putschversuch.

Die russischen Kriegsgefangenen der Lager Kitzingen [illegible] bei uns die Schweiz, bei ein einziger Kiesel ist. Wir entnehmen dem Blatt folgende Stellen:

„Nicht allein, daß man unsere geistige Freiheit auf das gemeinste einengt, wir hungern auch buchstäblich. Die Lebensmittelversorgung des Lagers ist an einem Unterwinkel, [illegible] Werner, [illegible] Aufgabe nicht im geringsten gerecht wird. Die anderen Lager [illegible] besser [illegible] Die Bestimmen hat man eine [illegible] Hauptgetränk [illegible] für unsere Verpflegung und nimmt die Partei des Wenner [illegible] hat [illegible] am 4. Mai ab die Arbeit zu verweigern [illegible] Genossen, hilft uns."

daß diesen Leuten von Hoffertzbig bis Borg heute das Wichtigste, ist alles, eine englische Hilfsaktion für Rußland die Nebensache ist.

Also hieß es doch ordnungsmäßig und treffend auf dem Versammlungsplakat eines Berliner Bezirks:

„In Mittel-Rußland Todesangst —
In russischen Deutschland Reichstagswahl"

Politische Uebersicht.

Wer hat die größte Schuld — Unternehmer oder Arbeiter?

Auf die Anfrage des Oberstleutnants Watsons im englischen Unterhaus, ob die englische Regierung wisse, daß kürzlich mindestens zwei Schiffe Waffen und Munition von Deutschland nach Finnland gebracht hätten, antwortete Bonar Law im Namen der Regierung bejahend. Auf die Frage eines anderen Abgeordneten, ob diese Waffenausfuhr von Deutschland ohne Befragen der Alliierten vorgenommen worden seien, erwiderte Bonar Law, er glaube, daß die Alliierten nicht befragt worden seien.

Es ist lieblich, daß man über Waffen- und Munitionsausfuhr in Deutschland und deren Verbleib durch englische Parlamentsmitglieder unterrichtet wird. Wer hat nun aber die größte Schuld, wenn deutsches Kriegsmaterial an die Banden Mannerheims geliefert wird, die Unternehmer oder die Arbeiter, die es herstellen, ohne seinen Verbleib zu kontrollieren, die es befördert, auf die Schiffe verladen und über See geschafft haben?

Die U. S. P. revolutioniert die Gewerkschaften.

Dämmig, der verwunderte Dämmig, schreibt in der „Freiheit":

„Der Kampf gegen diese alte, verknöcherte Gewerkschaftsbureaukratie würde noch den Erfahrungen, die die Arbeiterschaft im Laufe von 16 Revolutionsmonaten hat machen können, trotz allem schwerer sein. Die Arbeiterschaft wird ja sehr bald werden, daß diese Gewerkschaftsführer, obwohl sie in den Märztagen, getrieben durch die radikalisierten Massen, das politische Kampffeld beschritten haben, in ihrer Wesensart dieselben geblieben sind. Bedenklich ist nur, daß sie gewisse Knappen finden bei den Gewerkschaftlern, die bis in die Märztage hinein den Kampf gegen die alte Gewerkschaftsbureaukratie führten, das heißt durch die in den Gewerkschaften tätigen und angestellten USP.-Genossen, von denen wir eine Revolutionierung der Gewerkschaften erwarteten."

Es kann hier nicht näher untersucht werden, inwieweit das Bündnis zwischen Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftskomission zustande kam. So viel steht jedenfalls fest, daß unsere Gewerkschaftsgenossen dadurch in ein Abhängigkeitsverhältnis von der Politik Legiens geraten sind, und daß sie selbst sich jeden Tag mehr in diese Abhängigkeit hineinreden. Ein Beweis dafür ist der Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission vom 6. d. M., mit dem die Berliner Gewerkschaftssekretäre sich in die gleiche Kampfstellung gegen eine selbständige Organisation der Betriebsräte begeben, wie die alte Gewerkschaftsbureaukratie und die rechtssozialistische Partei. Da die Berliner Gewerkschaftskommission zum größten Teil aus USP.-Genossen besteht, hätte man von ihnen etwas mehr Rücksicht auf unser Leipziger Aktionsprogramm erwarten sollen. . . .

. . . die Partei hat alle Ursache, klug und klar zum Ausdruck zu bringen, ob sie damit einverstanden ist, daß das ihnenerliche und reichlich Skurrene Kind der letzten Revolutionsmonate, die Institution der Betriebsräte, in die sozialistische Arbeiter Pflege der alten Gewerkschaften gegeben wird, ob die Betriebsräte nichts weiter als zu Anhängsel der Gewerkschaften und damit letzten Endes zu Agenten der Arbeitsgemeinschaft herabgedrückt werden sollen. Wir sind der Auffassung, daß dann wieder an eine Revolutionierung der Gewerkschaften in Mitgliedern und den Industrieverband nach an eine Aufgerüttelung des Klassenbewußtseins und des Klassengefühls zu denken sein wird. Es handelt sich bei dieser Frage nicht um eine leere Organisationsfrage, sondern um die Entscheidung, ob unsere Partei tätig und tatsächlich Bestrebungen zuleisten soll, die die schlechteste Seite, um Schaden des gesamten Proletariats verlängern und letzten Endes den proletarischen Kampf um den Sozialismus verhindern und verzögern lassen muß."

Sehr gut! Und wer trägt mit Schuld, daß es so kommen konnte und so bleibt, Genosse Dämmig?

Der Streik in Frankreich.

Der Streik in Frankreich, der nach kaum beschwichtigter Dauer einen riesigen Umfang genommen hat, nahm seinen Ausgangspunkt von einer Eisenbahnerbewegung, die auf die Verstaatlichung der Eisenbahnen hinzielte. Der größte Teil des Eisenbahnnetzes in Frankreich befindet sich in Händen der Privatunternehmergesellschaften, die aus der Kriegszeit auf die Eisenbahnverwaltungen, die sie mit Staatsgeldern und Staatsaufträgen bereichert hatten, die Bahnen zu Wucherpreisen abkaufen ließen. Die Bahnen sind heute in einem schlechten Zustand infolge der Kriegsverwüstungen und der Ausbeutung durch die Privatgesellschaften. Die Eisenbahnerbewegung nahm die Gestalt an, daß die Eisenbahner von den Privatgesellschaften die Rückgabe der Bahnen an den Staat forderten. Die Regierung Millerand-Leygues lehnte das ab. Die Eisenbahner drohten mit Streik. Die Regierung ließ sich nicht einschüchtern. Sie ließ die Eisenbahnerführer verhaften und mobilisierte die Eisenbahner. Die Eisenbahner streikten trotzdem. Die Regierung ließ die Streikenden aus den Wohnungen jagen und ihre Möbel auf die Straße werfen. Die Eisenbahner streikten weiter. Die Regierung ließ die Streikenden aus den Eisenbahnerw

kratische Mitwirkung als einer der Mittel (!) zur Eroberung des politischen Organismus des kapitalistischen Staates". (vergl. Teil 1, § 6 des Programms!) Während man die Sozialistische Partei als einen Hort reaktionärster Weltanschauung darstellt, bedient man sich geschickter Form Parole bei politischen Wahlen. (vergl. besonders den Otto Sozialist vom 7. 9. 1919, wovon das National-Bureau der KPD. der Mitgl. abschafft der Partei zu bringend empfiehlt, sich unter der Parole der SPD. an den Antianalysen zu beteiligen!) Während man die Volksorgane und die Gesetze des kapitalistischen Staates verurteilt, übernimmt man [illegible] die Mitverantwortlichkeit für die Wirksamkeit eines dieses Staates durch Beteiligung an den Wahlen der staatlichen Volksorgane. Während man die Massen-Aktion als die bedeutsamste Waffe im Befreiungskampf der arbeitenden Klasse anerkennt, deutet man sie zugleich aus als legales und friedliches Mittel des Prozesses der Arbeiterschaft gegen die Versklavung, ein Mittel, das immer also der von Gesetz gezogenen Grenzen anzuwenden ist. (vergl. die 1. Ausgabe der „Communist Labor News", des offiziellen Organs der Partei!) Während man sich zum offenen Kampf des Proletariats gegen den kapitalistischen Machtkomplex um die Eroberung der diktatorischen Gewalt erklärt, endet man doch mit der Feststellung, daß „. . . in Amerika eine hochentwickelte Arbeiterbewegung (ist) . . ." beste t, die „es unmöglich machen, den Kapitalismus anders als durch die Wirksamkeit der organisierten Arbeiterschaft zu Boden zu werfen." (vergl. das Programm, 3. Teil, § 2) usw.

Diese kommunistische Arbeiterpartei, die aus nur ungefähr 10 000 Mitgliedern besteht, beschränkt sich seit ihrem Bestehen fast ausschließlich darauf, in Gemeinschaft mit der Kommunistischen Partei vorzugehen. Die Kommunistische Partei ist inzwischen zur vollkommenen Verschmelzung bereit, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß noch kommunistische Elemente ausgeschieden werden. Aber dagegen weigerte sich die Leitung der KPD. fortgesetzt unter Berufung auf eine Reihe peinlicher Mißverständnisse innerhalb der kommunistischen Kreise in den Vereinigten Staaten.

(Schluß folgt.)

Infolge eines sinnverändernden Schreibfehlers in Maschinenbrief des englischen Manuskripts ist in der letzten Fortsetzung ein Uebersetzungsfehler unterlaufen. Der letzte Satz hat zu lauten: „Vorwegnis zum Endkampf um die Eroberung der Partei für die Sache des revolutionären Sozialismus".

Aus der Jugendbewegung.

K. In diesen Tagen fand ein Reichskongreß der Freien Sozialistischen Jugend Deutschlands statt. Wir haben hier, wie der Jugendbewegung überhaupt, eine erhöhte Aufmerksamkeit und Bedeutung beizumessen.

Die Kämpfe Kampfes, die die Partei[illegible] der Unabhängigen und KPD.) [illegible] in allen Abstimmungen zu tage, ist es bei der Erörterung der politischen Lage oder Programmfragen oder bei den Organisationsfragen.

Bei den [illegible] wurde die politische Lage erörtert. Auch heftige Meinungsäußerungen wurden eine Resolution angenommen, die in ihren Schlußsätzen empfiehlt, in den Mehrheitssozialisten an der Seite der SPD. (Spartakusbund). Die Annahme dieser Resolution war möglich dadurch, daß einzelne Delegierte gegen Stimmen und mehrere sich vereinigten. Die anderen Resolutionen, die sich gegen den Parlamentarismus wandten, vereinigten fast die Halfte der Stimmen auf sich.

Zu bemerken wäre noch die einheitliche Stellungnahme in der [illegible] Frage. Sieben Jahre alte antimilitaristische Parteigenossen hielten längere und lange Reden, die einmal mehr von Begeisterungsschwaden [illegible] — trotz der Abwesenheit [illegible] Tagungsleitung.

Heftige Kämpfe gab es bei der Organisations-Debatte. Deutlichen Unterschiede traten in den Debatten. Durch die Annahme verschiedener Anträge scheint es so, als sollte die Jugendbewegung [illegible] Entwicklungsgang durchmachen wie die Sozialistische.

Die Minderheit hat [illegible] Vorwärtsbewegung und Weiterentwicklung zu leisten — trotz verschiedener organisatorischer Nachteile. Bei dem gesunden Sinn der Jugend, dem Kampfgeist, der in ihr steckt — was im übrigen die revolutionäre Entwicklung in Deutschland für gewaltiges Wort mitsprechen wird — ist nicht daran zu zweifeln, daß in das Gebiet der Stände innerhalb und außerhalb ihrer Reihen schneller und besser erkennt wird die Alten. Die Jugend wird im Kampfe für die Revolution in Weltanschauung und im dem Feuer, die dem Proletariat am Ende des notwendigen Weg der Revolution ebnen, die heute von allen gehaßt und verfolgt werden — an der Seite der K. A. P. D.

Unsere Partei hat die Aufgabe, die Jugend in ihrem Kampfe und ihrem Entwicklungsgang durchzumachen wird und muß, mit den ihr zu Gebote stehenden, sicherlich sehr langen Mitteln zu unterstützen.

Wie die Jugend schon in früheren, so auch in der verflossenen Märzaktion, hat sie ihren Mann gestanden, der ihr auch zukünftige Opfer gebracht hat. Und es war ein gutes. Sehen das Kongreßes, einen einstimmigen Beschluß folgende die proletarische Jugend zu Millionen — eventuell gemeinsam mit den Parteien — für das bedrohte Sowjet-Rußland aufzurufen.

Groß-Berlin.

Funktionärversammlung.

In zwei Funktionärversammlungen beschäftigte sich die Berliner Organisation mit den von unseren Hamburger Genossen L. und W. in zwei kleinen Broschüren niedergelegten Auffassungen, vertreten für von Gegnern als Wortführer bezeichnet werden. Nach ausführlicher Diskussion kam folgendes als Extrakt festgestellt werden: Das meiste von dem, was sich die Gegner als Wortführer [illegible] zurechnen und womit sie die KPD. verleumden wollen, ist Schwindel. Wir unterscheiden nehmen Gutes und Richtiges, wo wir es finden, besonders gern, wenn es [illegible] Richtiges [illegible] die politische Lage [illegible] Auch heftige Meinungsäußerungen wurden eine Resolution angenommen, die in ihren Schlußsätzen empfiehlt, in den Mehrheitssozialisten an der Seite der SPD. (Spartakusbund). Die Annahme dieser Resolution war möglich dadurch, daß einzelne Delegierte gegen Stimmen und mehrere sich vereinigten. Die anderen Resolutionen, die sich gegen den Parlamentarismus wandten, vereinigten fast die Hälfte der Stimmen auf sich.

Zu bemerken wäre noch die einheitliche Stellungnahme in der [illegible] Frage. Sieben Jahre alte antimilitaristische Parteigenossen hielten längere und lange Reden, die einmal mehr von Begeisterungsschwaden [illegible] — trotz der Abwesenheit [illegible] Tagungsleitung.

Heftige Kämpfe gab es bei der Organisations-Debatte. Deutlichen Unterschiede traten in den Debatten. Durch die Annahme verschiedener Anträge scheint es so, als sollte die Jugendbewegung [illegible] Entwicklungsgang durchmachen wie die Sozialistische.

Die Minderheit hat [illegible] Vorwärtsbewegung und Weiterentwicklung zu leisten — trotz verschiedener organisatorischer Nachteile. Bei dem gesunden Sinn der Jugend, dem Kampfgeist, der in ihr steckt — was im übrigen die revolutionäre Entwicklung in Deutschland für gewaltiges Wort mitsprechen wird — ist nicht daran zu zweifeln, daß in das Gebiet der Stände innerhalb und außerhalb ihrer Reihen schneller und besser erkennt wird die Alten. Die Jugend wird im Kampfe für die Revolution in Weltanschauung und im dem Feuer, die dem Proletariat am Ende des notwendigen Weg der Revolution ebnen, die heute von allen gehaßt und verfolgt werden — an der Seite der K. A. P. D.

Unsere Partei hat die Aufgabe, die Jugend in ihrem Kampfe und ihrem Entwicklungsgang durchzumachen wird und muß, mit den ihr zu Gebote stehenden, sicherlich sehr langen Mitteln zu unterstützen.

Wie die Jugend schon in früheren, so auch in der verflossenen Märzaktion, hat sie ihren Mann gestanden, der ihr auch zukünftige Opfer gebracht hat. Und es war ein gutes. Sehen des Kongreßes, einen einstimmigen Beschluß folgende die proletarische Jugend zu Millionen — eventuell gemeinsam mit den Parteien — für das bedrohte Sowjet-Rußland aufzurufen.

Proletarische Kunst-Abende.

Die KPD. veranstaltet jetzt, von Bezirk zu Bezirk wandernd, Kunstabende, die mit den einfachsten Mitteln, aber mit den besten Kräften-Kunst" aus den verschiedensten Gebieten zum Vortrag und zur Darstellung bringen. Wir halten diese Art für gut und wünschen, daß sie fortgesetzt wird, um unsern Kämpfern hin und wieder auch eine stille Stunde Lieder Freude zu [illegible], die sie bringend nötig ist.

Verantwortlicher Redakteur: Stadt, Berlin. Druck: B. F. Rudowsen, Berlin; Wilhelmi & Co., beide in Hamburg.

Arbeiter! Sorgt für Verbreitung Eurer Presse! **Die KAZ.** darf bei keinem Revolutionär fehlen!!!

Allgemeine Arbeiter-Union
Arbeitslose und Einzelmitglieder können ihre Beiträge jeden Donnerstag, abends 8 Uhr in folgenden Lokalen entrichten:
[illegible]

SOEBEN ERSCHIENEN:
Lenin
Die große Initiative
Preis 1 Mark
Zu beziehen durch die Expedition der KAZ.

Straßenhändler gesucht!
Meldungen in der Expedition täglich von 4–6 Uhr.

Genossen! Arbeiter!
Verlangt bei den Straßenhändlern die Kommunistische Arbeiterzeitung

Soeben erschienen:
Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands.
Preis 60 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition der KAZ.

Kommunistische Literatur.

Schröder-Wendel: Wesen und Ziele der revolutionären Arbeiterorganisation	50 Pfg.
Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands	50 „
Die Internationale, Heft 2—4, pro Nummer	25 „
Die Kommunistische Internationale, Hefte 1–4 „ Gleich", Heft 1 und 2 je	1,— „
In den nächsten Tagen erscheint: Programm der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands	
Karl Liebknecht: Rede, gehalten 1916 auf dem Potsdamer Platz in Berlin	30 Pfg.
Trotz alledem	15 „
Das zweite Urteil gegen Karl Liebknecht	8,— Mk.
Herr: Gedenkung: Karl Liebknecht	20 Pfg.
Rosa Luxemburg: Junius-Broschüre	1,50 Mk.
Die Ordnung herrscht in Berlin	15 Pfg.
Der Anfang	15 „
Rede zum Programm	30 „
Wolfheim-Laufenberg: Kommunismus gegen Spartakismus	50 „
Lenin: Die große Initiative	1,— Mk.
Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht	1,50 „
Staat und Revolution	2,— „
Die Diktatur des Proletariats und der Renegat Kautsky	1,50 „
Radek: Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat	60 Pfg.
Die russische und die deutsche Revolution und die Welt	60 „
Radek: Die Internationale Lage und die deutsche Politik der Räuberregierung	60 Pfg.
Deutschland und Rußland	50 „
Kautsky: 6 Wochen in Sowjetrußland	2,50 Mk.
Die Verfassung der russischen Sowjetrepublik	60 Pfg.
Das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands	50 „
Zur Geschichte der Tätigkeit der Sowjets in Rußland	1,— Mk.
Trotzki: Von der Oktober-Revolution bis zum Brester Friedensvertrag	1,50 „
Sacharin: Vom Sturze des Zarismus bis zum Sieg der Bourgeoisie	1,50 „
Das Programm der Kommunisten	2,50 „

Organisationen und Händler erhalten hohen Rabatt. — Schriftliche Bestellungen an die Expedition der KAZ. erbeten.

Lutteraan

Preis 30 Pfg.

Nummer 67

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 30 Pfennige

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin

Die Zeitung erscheint täglich mehrmals wöchentlich. Preis 30 Pfg. pro Nummer. Zu beziehen durch die Bezirksorganisation der Partei und die Straßenhändler. Durch die Post unter Streifband 4 Mk., als Brief 5,40 monatl.

Redaktion und Expedition Berlin C. 19, 43, Wilhelmstr. 32 IV. Geöffnet täglich außer Montags von 4–6 Uhr nachmittags.

Anzeigen die achtspaltige Nonpareillezeile oder deren Raum 2 Mk. Kleine Anzeigen die Zeile 1 Mk. Wiederholungen bei fortgesetzter Zeit 50 Pfg. Jede weitere 6 Pfg. Organisationen Rabatt. Postscheckkonto Berlin N. 39, Nr. 4000

Die Legalisierung des Schiebertums.

Der Verband deutscher Kartoffel-Interessenten hat folgendes bekanntgegeben:

Vertretungen der Erzeuger, Verbraucher und des Handels haben sich über ein freies System der Aufbringung der Kartoffeln an Stelle der Zwangsbewirtschaftung geeinigt und bestimmte Vorschläge an die Reichsregierung auf folgender Grundlage gemacht: Zur Sicherstellung des notwendigen Bedarfs der Verbrauchergemeinden legt die Reichsregierung den Kartoffelerzeugern die Ablieferung eines bestimmten Teils ihrer Kartoffelernte als Pflichtlieferung auf, und zwar denkt man an eine Umlage in Höhe von etwa 80—100 Millionen Zentner. Diese Umlagekartoffeln sollen grundsätzlich sowohl von dem legitimen freien Handel, als auch von den landwirtschaftlichen Genossenschaften auf Grund freier Verträge erfaßt werden können. Den übrigen Teil seiner Kartoffelernte kann der Erzeuger freihändig verkaufen oder zu Wirtschaftszwecken verwenden. Auch dem Handel wie den Genossenschaften bleibt die Umlagekartoffeln, die also die Reserve für die Städte bilden sollen, ist ein Preisaufschlag in bestimmter Höhe auf den noch festzustellenden Mindestpreis in Aussicht genommen. Die abgeschlossenen Kartoffelkäufe werden sowohl von Händler wie von den Genossenschaften der Reichskartoffelstelle gemeldet, die auf Grund der Anmeldungen die versorgungsberechtigten Verbrauchergemeinden dann belieferen läßt. Die aufzubringende Reichsreserve dürfte ausreichen, den versorgungsberechtigten Verbrauchsgemeinden eine Wochenkopfmenge von durchschnittlich 7 Pfund zu überweisen.

Die Angelegenheit scheint perfekt zu sein, denn die Regierungsorgane schweigen dazu oder begleitigen sich in der Kritik lakonischer Kürze. Für uns ist das ganze ein Beweis der absoluten Ohnmacht der Regierung gegenüber der Konterrevolution. Es bedeutet: Legalisierung des Schiebertums, Ehrlichsprechung der Lumpen der Wucherer, der Dampfer des arbeitenden Volkes. Es fällt alles in eins: Reaktion in Bayern, Duldung der Schandjustiz im Ruhrgebiete, Dulden des Verschiebens von Lebensmitteln, Bekleidungsstücken usw. ins Ausland, Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes, d. i. des Ausnahmegesetzes gegen die KPD. (denn sie wählt nicht). — Wir sprechen nicht davon, daß zur Versorgung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung nicht 80—100 Millionen Zentner, sondern 190 Millionen Zentner erforderlich sind. Wir konstatieren nur als Faktum: Wenn von 7 Pfund Wochenkopfmenge! — Wir wissen, daß dies Versprechen natürlich nicht gehalten werden wird. Transportkrisen usw. werden helfen. Die nötige Begründung dafür abgeben, aber das wissen wir gewiß: durch die Lieferungsverträge wird der Preis für den Zentner Kartoffeln sich in der Großstadt auf mindestens 40—50 Mark stellen, es wird für diesen Preis nicht mehr, wahrscheinlich weniger auf Karten geben als bisher, und im übrigen können die Wucherer nunmehr in aller Oeffentlichkeit die Konsumenten rücksichtslos ausplündern. 100—150 Mark für den Zentner wird wahrscheinlich noch zu niedrig taxiert sein. Man kann ja diesen Verdienst herausschlagen durch Verkäufe an Spirituosenbrennereien und sonstige „notwendigen Wirtschaftszwecken" dienenden Schiebertongerne.

Können wirklich noch Proletarier glauben, daß alles das durch Wahlrummel, durch Reden im Parlament geändert werden kann?

Nur die restlose Uebernahme der Produktion ist der Anfang des Ausweges. Die Bedingungen sind da, sämtliche. Aber wollen müßt ihr, Proletarier. —

* * *

Zur Ergänzung noch Folgendes: Im Reichstagsgebäude fand am 15. Mai unter dem Vorsitz des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Hermes, eine Beratung der Ernährungsminister der Länder über die zukünftige Getreide, Kartoffel- und Fleischbewirtschaftung statt. Grundsätzlich stimmte die Versammlung den Ausführungen des Reichsministers zu, daß mit allen Kräften dahin gestrebt werden müsse, die Zwangswirtschaft so bald wie möglich überflüssig zu machen, und daß der beste Weg hierzu eine tatkräftige Förderung der Landwirtschaft sei.

Erfolg: Hülsenfrüchte sollen vollständig freigelassen werden.

Die Versammlung stimmte diesem Entwurf im wesentlichen zu, mit Ausnahme des Vertreters einer Regierung, der für das Umlagesystem eintrat.

Hinsichtlich der Fleischbewirtschaftung erklärte sich die Versammlung mit der vorgeschlagenen Erhöhung der Viehpreise einverstanden, die deingend notwendig sei, um die Preise für das allgelieferte Vieh mit den Produktionskosten in Einklang zu bringen.

Allgemeiner Nachrichtenteil.

12. Mai. Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen Rußland und der Republik Georgien. — Türkische Nationalisten bilden dem Obersten Rat in Paris mit, daß sie den Friedensvertrag nicht unterschreiben werden. — Neue Unruhen in Irland.

14. Mai. Die französische Regierung legt einen Gesetzentwurf vor, der die Einführung eines Oberrats der Eisenbahnen vorsieht. Er soll aus 24 Vertretern der Eisenbahndirektionen und 24 Vertretern der Arbeiterschaft bestehen. Die Selbstständigkeit der Verwaltungen soll durch den Gesetzentwurf nicht berührt werden. — Der Entente Finnlands in den Krieg gegen Sowjet-Rußland wird offiziell bekannt gegeben.

15. Mai. Foch gibt dem General Degoutte den Befehl, den Mainzgau zu räumen. — Handgranaten-Attentat auf eine Ortsgruppe Mittlitzerverladungen für Finnland und Polen unterstützen. — Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschließt, daß die Gewerkschaftsinternationale „im Interesse der Fortsetzung der Arbeiterbewegung" jede Verschmelzung mit irgendeiner internationalen politischen Organisation ablehnt. — Verlängerung der Spannung zwischen Amerika und Deutschland und Oesterreich.

17. Mai. Mißerfolg Lloyden in Lyon. — Massenhafte Demonstrationen von Arbeitern. — Genua Streik-Bewegung, [illegible] zu [illegible] Entscheidung der Entente die von Deutschland [illegible] werden soll.

18. Mai. Die japanischen Reichstagswahlen bringen einen [illegible] Sieg der Hochtoryen und der großen Grundbesitzer. — Die Italiener besetzen Durazzo, die Hauptstadt Albaniens.

Politische Uebersicht.

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen . . .

In Braunschweig sind Landtagswahlen gewesen. Es ergaben: der bürgerlichen Rechtsblock 47 306, die Unabhängigen 47 250, die Mehrheitssozialisten 16 551, die Demokraten 11 247 und die Zevi-Kommunisten 3044 Stimmen. Der Spartakusbund, der, gestützt auf seine zahlreichen Gesinnungsgenossen, eine riesige Wahlpropaganda entfaltet hatte, erntete in der Stadt Braunschweig 1692 Stimmen, im Lande selber ganze 352. Erste Probe auf die Reichstagswahl!

Die unbezahlbare Aufklärungsarbeit der außerordentlichen Kriegsgerichte.

Die außerordentlichen Kriegsgerichte im Ruhrgebiet haben sich Sprüche für Urteilssprüche herstellen lassen, nach denen die Zugehörigkeit zur Roten Armee als ge meines Verbrechen gesühnt wird. Diese Broschüre sind in einer Auflage von mehreren tausend Stück hergestellt worden [illegible] sich, Russlämpfer. Nach der bisherigen Praxis erhält man für Postenstehen in der Roten Armee sechs Monate Gefängnis, für Verwarnungen sieben Monate, für Postenstehen an Bahnhöfen (somit bisher nicht einer durch Unbeteiligte beschädigt worden) ein Jahr Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre, für Ordnerdienste, ohne Waffen getragen zu haben, sieben Monate Gefängnis! Der Leser glaubt vielleicht, es wurde durch solche Urteile angeschreckt, und doch ist jedes Wort wahr. Man, die Arbeit der außerordentlichen Kriegsgerichte trägt ihre Früchte. Was allen Gerichten hat bereits als erste Quittung eine schwere Sabotage der Produktionsfördernung eingetreten.

Zur Kritik des „USP.-Aktionsprogramms".

In einer interessante Betrachtung wird die Sozialpolitik der USP. gerückt durch den Kampf zwischen der Dänemann-Müllerschen Betriebsrätegruppe und den USP.-Gewerkschaften um die Mitbestimmung des Betriebsrätegesetzes und den USP.-Gewerkschaften um die Mitbestimmung des Betriebsrätegesetzes und den Aktionsprogramm. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Sozialpolitik der Sozialisten der USP. kritisiert. Es wird gesagt, daß die Sozialisten der USP. Gegner der Sozialisierung seien, daß sie die Sozialisierung hinterließen, der Sozialisten zur KPD. übergetreten ist: „Kritik des Aktionsprogramms" betitelt und dazu mit, daß es bereits unmittelbar nach der Revolution [illegible] Sozialisierung [illegible] Sozialisierung gekommen ist, gegen die Sozialisierung [illegible] Sozialisierung gekommen ist, gegen die Sozialisierung [illegible] allen gegen die sozialistische Sozialisierung der Verfassung, wie sie vom Dänemann, Müller und Genossen [illegible] Der Kampf innerhalb der USP. ist ausgetragen, die der Bürokratismus jetzt endlich Opfer [illegible] jede Massenpolitik erstickt gegenüber den Betriebsräten, Kontrolle der Führer, besonders der Abgeordneten des Parlaments und „politischen" Mitglieder der sozialistischen Regierung.

Schadel.

Stimmt nicht unser Lage auf [illegible] Sozialnoth der Spartakus-Partei vom 19. Mai:

„Eingehende Manuskripte können nur gedruckt versandt werden wenn Rückporto beigefügt ist."

Wenn Arbeiter der KPD. das Bedürfnis haben, mit ihrer Redaktion zu korrespondieren, so legen sie doch 50 Pf. der mit hundertfacher [illegible] von Mark aus unbekannten Quellen gespeiste Fonds des Spartakusbundes hat natürlich andere und höhere Bestimmung, als Arbeitern die politische Korrespondenz zu erleichtern.

Spa.

In einem Augenblick, in dem alles [illegible] ankommt, rücksichtslos die Orientierung nach Osten, nach Sowjet-Rußland aufzunehmen wünscht sich die deutsche Regierung um Spa. Hier die wortlautigen Antworten:

Paris, 17. Mai. Ministerpräsident Millerand hat dem Vertreter des „Matin" gestern nach Schluß der Konferenz von Spa erklärt, man sei überzeugt, daß Deutschland nun nach Spa kommen solle, um Wiedergutmachung zu geben nunmehr sich über die Nichterfüllung der militärischen Bestimmungen des Vertrages. Man sei auch darin einig gewesen, daß man die Erfüllung nicht abzuwarten brauche, bis die deutsche Regierung den vereinigten Alliierten geben werde, um alle Maßnahmen zu treffen, die die unterzeichneten Kontrollkommissionen für nötig erachten. Auch wegen der nichtausgeführten wirtschaftlichen Klauseln wolle man die Konferenz von Spa nicht abwarten, um ihre Ausführung sicherzustellen.

Paris, 17. Mai. Nach einer Havasverlautbarung aus London wird die internationale Finanzkonferenz in Brüssel infolge des Ausschubs der Beratungen von Spa jedenfalls verlagt werden.

Englische Arbeitervertreter in Rußland.

Das Zentralexekutivkomitee der Sowjets in Moskau hatte bekanntlich beschlossen, Abgesandten der Eng-